

SPD demokratischer pressediens

P/XXVIII/43

1. März 1973

Leistungsgesellschaft der Humanität

Mehr Arbeit darf nicht zum Raubbau werden

Von Richard Müller (Bayreuth) MdB

Seite 1 und 2 / 61 Zeilen

Katholizismus und Parteien

Seite 3 / 27 Zeilen

Höchste Eile geboten

Seite 3 / 25 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Polnische Würdigung für Carlo Schmid

Seite 4 und 5 / 79 Zeilen

Sonderbeilage: "Frau und Gesellschaft"

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 406
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telefax: 888 846 / 888 847
888 848 KPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Leistungsgesellschaft der Humanität

Mehr Arbeit darf nicht zum Raubbau werden

Von Richard Müller (Bayreuth) MdB

Bundeskanzler Willy Brandt hatte in seiner Regierungserklärung vom 18. Januar im Interesse der vorrangigen Erfüllung unserer Gemeinschaftsaufgaben erklärt: "Wer nur neue Forderungen stellt, ohne zu neuer Leistung bereit zu sein, wird der Lage, auch der eigenen Interessenlage, nicht gerecht". Und weiter: "Niemand sollte glauben - und ich sage dies keineswegs nur an eine Adresse -, wir könnten mit selbstverständlicher Automatik mehr verdienen, wenn wir weniger arbeiten".

Sicherlich wird solchen Aussagen niemand widersprechen wollen. Breiteste Bevölkerungsschichten werden sogar bereit sein, in ihrem Streben nach Zuwachs des persönlichen Verbrauchs langsamer zu treten, wenn die Qualität unseres Lebens in einer gesunden Umwelt, in einer Gesellschaft mit gleichen Bildungs- und Startchancen für alle verbessert werden soll. Entscheidend bei allen künftigen politischen Maßnahmen allerdings ist, daß jeder nach dem Maß seiner Leistungsfähigkeit im Rahmen einer gerechteren Steuergesetzgebung seinen Anteil dazu leistet. Das setzt aber endlich auch einmal eine gerechtere Vermögensbildung und eine demokratischere Mitbestimmung für unsere schaffenden Menschen voraus.

Der Bundeskanzler hat seine Mahnungen mit der ausdrücklichen Hoffnung verbunden, daß sie auch richtig verstanden werden mögen. Und doch werden sie schon mißverständlich interpretiert. Sie waren gewiß nicht als Anreiz für krankhafte Ehrgeizlinge und Einpeitscher gedacht, die jene Hektik und jenen Unfrieden bei ihren Mitmenschen erzeugen, die letztlich Ursache zunehmender Zivilisationskrankheiten mit steigenden Frühinvaliditätsziffern sind. Sie erheben ihre Pflicht und Arbeit zum Götzen und Selbstzweck, ohne selbst mit ihren "Höchstleistungen" volkswirtschaftlich ein besonderer Gewinn zu sein. In einer freudlosen Umwelt lähmen sie die Leistungsbereit-

schaft der anderen.

Dabei geht es in unserem von der Maschine bestimmten Zeitalter vornehmlich darum, die Arbeitsfreude zu erhalten, weil der Mensch nur freiwillig das Beste zu leisten vermag. Nicht die Zahl abgessener Dienst- und Schulstunden ohne Rücksicht auf die Aufnahme- und Leistungsfähigkeit der einzelnen Glieder unserer Gesellschaft bestimmt den Leistungserfolg, sondern die Erkenntnis des Einzelnen, daß sein persönliches Arbeitsergebnis letztlich der Sicherung des persönlichen und allgemeinen Wohlstandes dient. Das setzt innere Bereitschaft zu dieser Einsicht voraus, die nur bei gegenseitigem mitmenschlichen Einfühlungsvermögen entstehen kann.

Das ist aber auch eine Frage der Bildung, die schon den heranwachsenden Menschen an diese Probleme heranführen muß. Für viele Arbeitnehmer diktieren die Maschine und das Fließband an sich schon das Arbeitstempo und alle Schreibtischarbeiter unterliegen zunehmend dem Streß einer wachsenden Bürokratisierung, während Angehörige des Handels, des Handwerks und der Industrie mehr und mehr zu Sklaven ihrer Terminkalender werden.

Der Appell nach höherer Leistung sollte daher nicht als Ansporn zum höheren Raubbau an unserer Gesundheit in jenen Bereichen mißverstanden werden, in denen die Grenzen der Leistungsfähigkeit bereits erreicht oder gar schon überschritten sind. Eine bessere Leistung müßte in der Forschung nach guten Arbeitsplatzverhältnissen gesucht werden, die unsere Gesellschaft davor bewahren, steigende Summen für Rehabilitationen, für Heilkuren, für Aufenthalte in Krankenhäusern und Nervenanstalten und für vorzeitig zu zahlende Renten investieren zu müssen. Wieviel könnte in unserer Arbeitswelt rationalisiert, modernisiert und reformiert werden, und wieviel überflüssiger Ballast müßte noch abgeworfen werden, um zu höchster Produktivität bei humanen Arbeitsbedingungen, zu denen auch die sinnvolle Freizeitgestaltung gehört, zu kommen. Diese Synthese zu finden, gilt im besonderen auch für die angestrebte Leistungsgesellschaft.

(-/1.3.1973/ks/ex)

+ + +

Katholizismus und Parteien

Etwa über ein Drittel aller in der Bundesrepublik lebenden Katholiken haben am 19. November 1972 ihre Stimme den Sozialdemokraten gegeben. In katholischen Gebieten wurden für die SPD grosse Einbrüche erzielt, was eine Veränderung der politischen Landschaft in der Bundesrepublik erwirkte. Viele Katholiken sehen in der Sozialdemokratie eine Partei, die sich in der Beachtung und Durchsetzung menschlicher Grundwerte nicht hinter anderen Parteien zu verstecken braucht, obwohl sie nicht das Prädikat "christlich" trägt. Das war nicht immer so. Zwischen Katholizismus und Sozialdemokratie hat es in der Vergangenheit geschichtlich-bedingte Spannungen gegeben, die bis in die Nachkriegszeit des Zweiten Weltkrieges hineinwirken. Inzwischen ist ein grundlegender Wandel eingetreten.

Sichtbar macht ihn das von der Sachkommission V der Gemeinsamen Synode der katholischen-Bistümer unter dem Titel "Aufgaben der Kirche in Staat und Gesellschaft" veröffentlichte Arbeitspapier, das in der für die CDU/CSU schmerzhaften Erkenntnis gipfelt, daß das Führen der Bezeichnung "christlich" im Parteinamen nicht bedeute, daß nur eine solche Partei christliche Grundsätze berücksichtige. Diese Feststellung hat eine weittragende Bedeutung für das Parteiengefüge in der Bundesrepublik, hebt sie doch das Monopol auf, das christlich sich firmierende Parteien für sich beanspruchen. Ausdrücklich wird in diesem Papier die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit anderen Parteien hervorgehoben und die Auffassung vertreten, die Verfolgung legitimer, politischer, kirchlicher Interessen zurückzustellen, "wenn sonst durch Zersplitterung der Kräfte die Demokratie gefährdet oder das Gemeinwohl beeinträchtigt würde".

Der Dialog zwischen katholischer Kirche und Sozialdemokratie hat eine neue Dimension bekommen. Daraus kann nur Gutes für Volk, Staat und Gesellschaft kommen. (ex/1.3.1973/bgy/ee)

+ + +

Höchste Eile geboten

Die Vorwürfe, die der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Werner Kuhlmann SPD-MdL, gegen die Ausbildungsmethoden des Bundesgrenzschutzes (BGS) erhoben hat, sollen nach der postwendenden Feststellung des BGS-Dienstherrn, des Bundesinnenministers Hans-Dietrich Genscher FDP-MdB, sofort untersucht werden, sobald das Gesamtmaterial vorliegt. Die deutsche Öffentlichkeit erwartet, daß diese Untersuchung beginnt und ohne weitere Verzögerung in strengster Objektivität und ohne Rücksicht nach irgendwelcher Seite straff und schnell durchgeführt wird. Außerdem ist es auch notwendig, von allem Anfang an zunächst die zuständigen Ausschüsse des Bundestages mit dem Vorgang zu befassen.

Werner Kuhlmann hat die von ihm gerügten Methoden als Verletzung der Menschenwürde und der Rechte der BGS-Beamten bewertet. Die von dem GdP-Vorsitzenden bereits jetzt erwähnten Einzelheiten solcher Ausbildungsmethoden müssen alarmieren. Da die Folgen sowohl der Kritik als auch der jetzt einsetzenden Überprüfung vorerst unüberschaubar sind, darf kein Detail unausgeleuchtet bleiben. Zur Debatte stehen nämlich keineswegs nur die Vorwürfe Kuhlmanns und die Ausbildungsmethoden des Bundesgrenzschutzes. Gerade deshalb und weil die Konsequenzen in hohem Grade psychologischer und politischer Art sein und sich auch im Echo des Auslandes negativ auswirken könnten, ist allerhöchste Eile geboten. (ee/1.3.1973/bgy/ee)

+ + +

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Polnische Würdigung für Carlo Schmid

Die "Polnische Interpress-Agentur (Polska Agencja Interpress)" in Warschau hat aus der Feder des früheren Bonn-Korrespondenten polnischer Tageszeitungen, Marian Podkowiński, einen Abschiedsartikel für den langjährigen Bundestagsvizepräsidenten und Bundesminister a.D. Prof. Dr. Carlo Schmid, veröffentlicht, der sich aus dem aktiven Parlamentsleben zurückgezogen hat. Die polnische Würdigung des bedeutenden deutschen Politikers bleibt aktuell, auch wenn Carlo Schmid's Abschied von Bonn schon einige Zeit zurückliegt.

Es ist einfach schwer zu glauben, daß es im neuen Bundestag nicht mehr Prof. Carlo Schmid, einen der Koryphäen des westdeutschen Parlamentarismus, den langjährigen Vizepräsidenten des Bundestages, den großen Oratoren; Minister und Gelehrten gibt. Jedes Mal, wenn er während der parlamentarischen Debatte das Wort ergriff, wurde es still im Saal. Carlo Schmid's Reden waren immer ein Wendepunkt in den Debatten, die zu jener Zeit oft genug Anlässe zu Kurzschlüssen, heftiger Polemik und scharfen Scharmützeln zwischen dem Lager Adenauers und der sozialdemokratischen Opposition gaben. Doch Schmid, der Sprecher der SPD, wurde von allen geachtet, selbst von Konrad Adenauer, der ihn mit gewählter Hochachtung behandelte.

Carlo Schmid, im Alter von 76 Jahren, entschloß sich jetzt, von der politischen Arena zu scheiden und zwar gerade jetzt, wo die SPD ihren historischen Sieg über die CDU/CSU davongetragen hat und diesen Sieg eben derartigen Menschen wie ihm verdankt. Schmid verabschiedete sich vom Bundestag aus eigenem Willen als Mensch, der eine langjährige Erfahrung hat und gut weiß, was in der Vergangenheit geschah und warum "Deutschland eine komplizierte Heimat wurde". Nach seiner Teilnahme an der letzten Wahlkampagne, in der er leidenschaftlich die Politik Willy Brandts verteidigte, deren Wegbereiter er in gewissem Maße war, beschloß Prof. Schmid jedoch, von der Politik Abschied zu nehmen, als er begriff, daß zwischen ihm und der jungen Generation ein unerbittlicher Entfernungsprozeß eintrat: "Als ich verstand - soll er seinen Freunden gesagt haben -, daß die Leute mich nicht mehr verstehen, viel-

leicht nur einige meiner Formulierungen bewundern, und nicht mehr..."

Carlo Schmid ist ein Stück Geschichte der BRD, der ersten Kämpfe gegen die Christdemokraten, die an ihre historische Mission glaubten, ein Suchen eines neuen Weges unter den Stürmen der Nachkriegszeit. Daß Carlo Schmid der SPD beitrug, lege ich mir so aus, daß 1949 die FDP eine hervorragend konservative Partei war, in der für Liberale vom Schlage Carlo Schmid kein Platz war. Auch in der SPD ging er eigene Wege, und nur seiner moralischen Haltung und der großen persönlichen Autorität verdankt er, daß er es später verstand, zu einer der wichtigsten Gestalten auf den Bänken der damaligen sozialdemokratischen Opposition emporzuwachsen.

Der Mut Schmidts war sprichwörtlich, seine Gegenangriffe zerschmetternd und seine Zwischenrufe im ganzen Regierungslager gefürchtet. Als 1958 Schmid als einer der ersten Politiker der BRD Polen besuchte und nach seiner Rückkehr aus Warschau über seine Begegnungen und Eindrücke berichtete und sich schon damals für die Normalisierung der Beziehungen mit Polen einsetzte, auch für den Preis der Anerkennung der gegenwärtigen Grenzen, griff ihn im Bundestag der Sprecher der Umsiedler an. Schmid soll ihm kurz geantwortet haben, er soll sich nach Warschau begeben und in der Aula der dortigen Universität sprechen, die von den Nazis in einen Pferdestall verwandelt wurde. Er würde dann gespannt sein, was er den Polen gesagt hätte...

Lange Jahre nach dem Krieg widmete sich Carlo Schmid der Aussöhnung mit Frankreich und Polen. Diese Versöhnung war - wie er mir einmal in Bonn sagte - "nicht nur ein Bedürfnis des Verstandes, sondern auch des Herzens". Erinnerungswürdig war seine Rede vom Jahre 1968 anlässlich des Aufbaus der Burg in Hambach in Baden, wo es 1832 zur ersten Manifestation der Demokraten und Liberalen aus Deutschland, Frankreich und Polen gegen die europäische Reaktion kam. Das war sozusagen die Ankündigung des Frühlings der Völker anno 1848. Schmid knüpfte an diese Tradition an, die in Deutschland mit der Gründung des Deutschen Reiches durch Bismarck vernichtet wurde, der Frankreich und Polen gegenüber den heiligen Krieg aussprach. Dagegen war Carlo Schmidts Rede während der Ratifizierungsdebatte im Bundestag, als er zur Versöhnung mit dem polnischen Volk "für den höchsten Preis" aufrief, der Schwanengesang des großen Parlamentariers und seine letzte Freundschaftsbotschaft an Polen.

(-/1.3.1973/bgy/dx)